



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Rechenschaftsbericht des Rektorats

Universität Paderborn

Paderborn, Nachgewiesen 1983/87 - 1991/92

Grundlinien

urn:nbn:de:hbz:466:1-8519

GRUNDLINIEN

Am 7.10.1987 trat das neu gewählte Rektorat seine vierjährige Amtsperiode an. Das erste Jahr der Amtszeit, über das der vorliegende Bericht Rechenschaft gibt, war vor allem geprägt von der durch die Landesregierung initiierten Diskussion über die Umstrukturierungen im Hochschulbereich, von der Ministerin für Wissenschaft und Forschung mit dem politischen Schlagwort "Plan 2001" beschrieben. Der von den Leitungsorganen Senat und Rektorat vertretene Standpunkt war - in Kontinuität mit ihren Vorgängern - durch das Bemühen gekennzeichnet, das Gesamthochschulkonzept zu bewahren und weiterzuentwickeln, gewachsene Schwerpunkte in Forschung und Lehre zu stärken und die erforderliche Konsolidierung der noch im Aufbau befindlichen Bereiche zu betreiben. Der Wiedergabe der Ereignisse und Daten soll deshalb eine kurze Darstellung der Grundlinien der Rektoratstätigkeit vorangehen.

Abteilungsstruktur

Die Universität - Gesamthochschule - Paderborn ist ein Unikat unter den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes NordrheinWestfalen: vier Standorte, aber eine Hochschule. Sie praktiziert das Gesamthochschulkonzept in integrierter Form am Standort Paderborn und in kooperativer Form zwischen den Standorten Höxter, Meschede, Paderborn und Soest. Die Abteilungsstruktur war nach Ansicht von Rektorat und Senat durch die Überlegungen des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, die im Juni 1987 mit Bekanntwerden einer Kabinettsvorlage der Ministerin in die öffentliche Diskussion gelangten, erheblich gefährdet.

Danach war eine Zuordnung der Abteilung Höxter zur Fachhochschule Lippe beabsichtigt, wobei die Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen - zwei der drei Säulen am Standort Höxter - zukünftig nur noch am Standort Detmold der Fachhochschule Lippe angeboten werden sollten. Die sich daran anschließenden Bemühungen der Hochschule - unterstützt von sehr vielen Interessengruppen aus der Region - führten zu mehreren Besuchen der Ministerin bzw. von Vertretern des Ministeriums in Höxter sowie zu intensiven Verhandlungen in Düsseldorf über die Zukunft der Abteilung Höxter. Dabei konnte bei den Bildungspolitikern die Einsicht für die Notwendigkeit eines Verbleibs der Abteilung Höxter bei

der Universität - Gesamthochschule - Paderborn geweckt werden. Allerdings blieb die Landesregierung bei ihrer Entscheidung, die beiden Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen an der Abteilung Höxter einzustellen. Dabei wurde mit der Ministerin jedoch Einvernehmen darüber erzielt, am Standort Höxter den Studiengang Landespflege weiterzuentwickeln und einen neuen, umweltbezogenen Studiengang einzurichten. Die zur Erarbeitung eines Studiengangskonzepts unverzüglich eingesetzte Expertenkommission hat dann in kürzester Zeit einen ersten Vorschlag ausgearbeitet, der nach Stellungnahme der zuständigen Hochschulgremien dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung zur Genehmigung vorgelegt wurde. Inzwischen ist das Konzept des Studiengangs Technischer Umweltschutz mit dem Ministerium abgestimmt und Einvernehmen über die Notwendigkeit von sieben neuen Professorenstellen erzielt. Die Ausschreibung der ersten fünf ist erfolgt, so daß der Studienbetriebsaufnahme zum Wintersemester 1989/90 nichts mehr im Wege steht.

Daß die Abteilungen Meschede und Soest nicht in die landesweiten Umstrukturierungsmaßnahmen bei den Fachhochschulstudiengängen einbezogen wurden, kann sicher der vorausschauenden Planung der Kollegen dieser Standorte zugute geschrieben werden. Bereits vor Beginn der Diskussion um den Plan 2001 hatte die Hochschule ein Konzept erarbeitet, das die Herausarbeitung unterschiedlicher Studienprofile der Studiengänge in Maschinenbau und Elektrotechnik vorsieht und zwar in Meschede im Bereich Datentechnik und in Soest im Bereich Produktionsautomatisierung. Während das Mescheder Konzept im Rahmen der bestehenden Prüfungsordnungen unmittelbar umgesetzt werden konnte, bedurfte das Soester Konzept entsprechender Genehmigungen des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung. Diese sind zu Ende des Jahres 1988 erfolgt.

Forschungsorientierte Profilbildung

Das Rektorat besuchte zu Beginn seiner Amtszeit die Fachbereiche, um sich über ihre Situation, ihre Nöte und ihre Perspektiven zu informieren. Es würde zu weit führen, über die Eindrücke in einzelnen zu berichten. Es wurde deutlich, daß die Entwicklungen der Einzeldisziplinen durch Synergie sich verstärken und zu einem Profil dieser Hochschule bündeln lassen könnten.

Für die Außenwahrnehmung war ohne Zweifel das erste Jahr des Heinz-Nixdorf-Instituts mit der Einberufung eines Gründungsvorstands, der Ausschreibung von fünf Professuren, dem Baubeginn eines Institutsgebäudes und dem Start der Projektförderung ein herausragendes Ereignis. Das Rektorat hatte im Frühjahr 1988 die Aufgabe, mit dem Ministerium die noch offenen Fragen der Bereitstellung von Personalstellen zu verhandeln. Es wurde Einigung darüber erzielt, daß das Heinz-Nixdorf-Institut in 1988 17 Stellen erhält und in den Jahren 89 und 90 mit je 21 Stellen die vertraglich festgelegte Ausstattung erreicht; davon stellt die Hochschule nach einem Senatsbeschluß je 6 Stellen (im wesentlichen aus den Bereichen Informatik, Elektrotechnik, Maschinenbau, Wirtschaftswissenschaften) als Eigenbeitrag vorübergehend, d.h. bis zu einer Zuweisung in den Haushalten 91/92 zur Verfügung. Damit war die das Gespräch zwischen den Wissenschaftsbereichen oft belastende Diskussion über den Abbau der Geisteswissenschaften zugunsten des Heinz-Nixdorf-Instituts zunächst beigelegt. Dieses Gespräch zwischen den Wissenschaftsbereichen soll ein wesentlicher Teil der Innenwirkung der Institutsgründung werden, deren Einfluß auf Strukturüberlegungen der Leitungsorgane schon im Berichtszeitraum spürbar wurde. Mit der Besetzung der Professur für Philosophie der Technik und der anstehenden Besetzung der Professur für die Psychologie kognitiver Prozesse hofft die Hochschule, wichtige Gesprächspartner zu gewinnen.

In einem Umfeld, in dem die forschungspolitische Förderung der neuen Technologien in ungewöhnlichem Maße stattfindet, liegt es auch im Interesse der Kulturwissenschaften, sich mit diesen Technologien und ihren Innovationserwartungen auseinanderzusetzen. Publikationen, Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekte zeigen zunehmend die kulturkritische Wahrnehmung des Neuen sowie die Beschäftigung mit überlieferter Kultur unter neuen Fragestellungen und mit neuen Ansätzen. Diesen Ansätzen fehlt bisher die Möglichkeit zur strukturierten Zusammenarbeit der am selben Hochschulort forschenden und lehrenden Fachvertreter. Daher hat das Rektorat seit dem Beginn seiner Amtszeit an Bemühungen angeregt und unterstützt, die dem Ziel dienen, Forschungsprojekte, die sich mit Kulturwissenschaften befassen, zusammenzuführen und zusammenzufassen, ferner Projekte zu fördern, die für Kulturwissenschaften wesentlich sind, in Paderborn bisher jedoch erst in Ansätzen entwickelt werden konnten. Ziel ist es, mit diesen Projekten innerhalb

der Hochschule das eigene Forschungsprofil deutlicher erkennbar werden zu lassen. Es ist zu hoffen, daß die Hochschule diesem Ziel schon in naher Zukunft einen konkreten Schritt näher kommt.

Als kontraproduktiv hinsichtlich der innovativen Bemühungen vor Ort erwies sich der Wille der Ministerin zur Umverteilung der personellen Ressourcen innerhalb des gesamten Hochschulsektors. In diesem Zusammenhang forderte die Ministerin die Hochschulen des Landes Anfang 1988 auf, eine aufgabenkritische Überprüfung des Personalbestandes vorzunehmen. War dabei anfangs noch der Zeitraum bis zum Jahre 2001 ins Auge gefaßt, so wurde kurzfristig der Planungshorizont für erste Umschichtungsmaßnahmen auf das Jahr 1991 datiert. Die seitens der Universität-Gesamthochschule-Paderborn erarbeiteten Vorstellungen für den Zeitraum bis zum Jahre 2001 spielten daher in den konkreten Verhandlungen über Stellenverlagerungen nur eine untergeordnete Rolle. Die von der Hochschule vorgelegten Prognosen über die absehbare Studentenentwicklung wurden vom MWF Ende September noch als unrealistisch abgetan. Letzten Endes mußte die Hochschule im September 1988 zusagen, 14 Stellen abzugeben, wobei es aber gelang, vier Stellen erst nach 1991 in den zentralen Stellenpool einbringen zu müssen.

Aus dem zentralen Stellenpool erhält die Hochschule für innovative und zukunftssträchtige Vorhaben erfreulicherweise in den nächsten Jahren eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Stellen. Bereits im Haushaltsjahr 1989 werden insgesamt 44 neue Stellen zugewiesen. Es ist zu hoffen, daß auch in den darauffolgenden Jahren durch Stellenzuweisungen die teilweise eklatanten Defizite in einigen Bereichen, so insbesondere im Folgepersonalbereich, abgebaut werden können.

Studienstruktur und Studienbedingungen

Die Entwicklung der Fachhochschulstudiengänge in den Abteilungen Höxter, Meschede und Soest wurde bereits oben beschrieben. Neben diesem Bereich standen vor allem auch die Lehramtsstudiengänge im Blickpunkt der Diskussion um den Plan 2001, ein Ausbildungsbereich, der zur Identität des Standorts Paderborn gehört. Wie im Fachhochschulbereich gingen die Planer auch im Lehramtsbereich von der Fiktion eines Hochschulraums Ostwestfalens aus.

Im Ergebnis wurden schließlich die Lehramtsstudiengänge in den Sozialwissenschaften eingestellt; gleichzeitig regte die Ministerin allerdings einen sozialwissenschaftlichen Studienschwerpunkt im Integrierten Studiengang Wirtschaftswissenschaften an. Im Fach Kunst wurden die Studiengänge für Primarstufe und Sekundarstufe I in Bielefeld eingestellt; durch Verlagerung einer Professur von Bielefeld nach Paderborn und einer weiteren aus dem auslaufenden Studiengang Architektur in Höxter, möglicherweise noch ergänzt um die Versetzung eines Professors von der Universität Münster, waren die personellen Voraussetzungen für die Einrichtung des Studiengangs Kunst für die Sekundarstufe II zum Wintersemester 88/89 gegeben. Die Attraktivität eines Standorts für die Lehrerbildung hängt wesentlich auch vom Spektrum der Fächer ab, die die Studierenden wählen können. In dieser Hinsicht hat sich die Position von Paderborn gefestigt.

Die Akzeptanz der Magisterstudiengänge bedarf noch weiterer Anstrengungen. Als einen wichtigen Schritt in diese Richtung sieht der Senat die Einrichtung von Nebenfächern mit ökonomischer oder technischer Ausrichtung an. Daher ist die Bereitschaft dieser in der Lehre bereits stark belasteten Fächer zu begrüßen, im Interesse des Studienortes Paderborn ein entsprechendes Studienangebot bereitzustellen.

Die Situation in den Integrierten Studiengängen ist gekennzeichnet durch die außerordentlich gestiegene Nachfrage vor allem in den Wirtschaftswissenschaften, in der Informatik, im Maschinenbau und in der Elektrotechnik. Hierdurch erwachsen für die Hochschullehrer und die wissenschaftlichen wie nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und für die Lernenden an die Grenzen des Zumutbaren gehende Studienbedingungen. Durch Anspannung aller Kräfte konnte im Wintersemester 1988/89 das von manchen befürchtete Chaos vor allem in den Wirtschaftswissenschaften vermieden werden, ohne daß man den erreichten Zustand als befriedigend bezeichnen kann. Als besonders katastrophal erwies sich dabei erneut das Fehlen eines größeren Hörsaals. Nur durch die großzügige Hilfe der Theologischen Fakultät und des Westfalenkollegs konnte ein raumbedingter Kollaps des Studienbetriebs vermieden werden. Schon daraus ergibt sich, daß die Forderung nach einem größeren Hörsaal (etwa 800 Plätze) im Prioritätenkatalog des Rektorats obenan steht.

Ein weiteres erhebliches Defizit für die Betreuung der Studierenden besteht in der unzureichenden Ausstattung des Folgepersonals und mit Mitteln für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte. Die seitens des MWF bereitgestellten zusätzlichen Mittel aus dem NaZ-Programm (Notzuschlag auf Zeit) reichen nicht aus, um einen vernünftigen Studienbetrieb aufrecht zu erhalten. Verstärkt wird dieses Problem durch die begrenzten Mittel dieses Programms. Je mehr Studiengänge unter das Kriterium dieses Programms (mehr als 100 prozentige Auslastung gemäß der Kapazitätsverordnung) fallen, desto geringer wird der Anteil für alle Beteiligten. Im Vergleich zu 1988 (25 Mio DM) stehen im Jahr 1989 insgesamt 36 Mio DM zur Verfügung. Es ist zu hoffen, daß das zwischen Bund und Ländern vereinbarte Programm zur Hilfe für die überlasteten Studiengänge zügig und wirkungsvoll umgesetzt wird und schon im Jahr 89 Entlastung bringt.

Hochschule und Region

Die hochschulpolitische Diskussion um den Plan 2001 hat allen Beteiligten, insbesondere dem Rektorat deutlich gemacht, wie sehr die Hochschule des Rückhalts und der Unterstützung durch die Region bedarf. Doch nicht nur im politischen Raum, auch im Alltag der Hochschule, in der Aufnahme der Studentinnen und Studenten ist diese Unterstützung erforderlich. Das impliziert allerdings auch die Verpflichtung, sich auf verschiedenen Ebenen als Hochschule für die Region zu verstehen und darzustellen. Als einen bedeutenden Sektor sieht das Rektorat dabei den Bereich der Wirtschaftsförderung (aus der Sicht der Region) bzw. des Technologie- und Wissenstransfers (aus der Sicht der Hochschule) an. Die Aktivitäten auf diesem Sektor lassen sich durch die vielen Einzelkontakte zwischen den Verantwortlichen beider Seiten definieren. Daß es bisher noch nicht zu konkreten Institutionalisierungen gekommen ist, liegt im wesentlichen an der Vielzahl der interessierten Partner in der Region und an der Kompetenzvielfalt. Eine Verbesserung der Organisationsstruktur in der Hochschule, möglichst unter Einbindung aller mit der Öffentlichkeitsarbeit Beschäftigten, ist allerdings eine noch zu lösende Aufgabe.

Daß neben dem Technologietransfer der kulturelle Transfer seinen festen Platz im Zusammenleben der Hochschulangehörigen und der Bürgerinnen und Bürger der Region hat, dafür ist im Berichtszeitraum erneut den Mitgliedern des Collegium musicum, der Studiobühne, den Fächern Kunst und Textilgestaltung zu danken. Viele der Veranstaltungen wären ohne die tätige Hilfe der Universitätsgesellschaft nicht möglich gewesen. Die Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität-Gesamthochschule-Paderborn sieht ihre Aufgabe verstärkt in der Unterstützung der Darstellung der Hochschule nach außen. Sie bedarf dazu ihrerseits der Unterstützung weiterer Mitglieder - auch in der Hochschule.